

Gerade dort, wo die Beiträge neue Forschungssakzente setzen, verweisen sie darauf, dass die Geschichte der nationalsozialistischen Kapitale in weiten Teilen noch zu schreiben ist und insbesondere in ihren sozialgeschichtlichen Dimensionen eine Forschungsaufgabe bleibt. Der vorliegende Band 27 der »Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus« ist noch weit von einer umfassenden Geschichte Berlins im »Dritten Reich« entfernt. Er nimmt auch nicht für sich in Anspruch, alle hier skizzierten Forschungslücken zu schließen. Er will Schlaglichter auf drängende Fragen werfen und Anregungen zu einer Gesellschaftsgeschichte Berlins in der Zeit der NS-Diktatur geben. Um diesem Ziel näherzukommen, bedürfte es einer viel größeren Bandbreite von Studien, die anhand einzelner Teilbereiche untersuchen, wie sich die äußerst dynamische und stark fragmentierte Hauptstadgesellschaft unter den Bedingungen einer Diktatur veränderte, die für sich beanspruchte, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden, um möglichst viele »Volksgenossen« für die Ziele ihres Weltanschauungskriegs zu mobilisieren. Aufschlüsse darüber, welche Konsequenzen sich aus diesem Herrschaftsanspruch ergaben, lassen sich nur erzielen, wenn die Interaktion zwischen Regime und Gesellschaft als dynamischer Prozess gefasst wird, in den die Herrschaftsträger der Diktatur selbst wiederum als Teil der Stadgesellschaft eingebunden waren.³⁷ Die Herausgeber des Bandes sind überzeugt, dass Berlin dafür ein besonders ertragreiches Untersuchungsfeld sein kann. Seine Vermessung ist indes noch lange nicht abgeschlossen.

CHRISTOPH KREUTZMÜLLER/MICHAEL WILDT

»Ein radikaler Bürger«

Julius Lippert – Chefredakteur des »Angriff«
und Staatskommissar zur besonderen Verwendung in Berlin

Joseph Goebbels hielt ihn zunächst für einen »ordentlichen Mann«, dann für einen »richtig[e] Nebenplem im Format eines Mecklenburgischen Dorfschulzen«.¹ Ernst Jünger fand, er sei »chamäleonartig mit dem Muster der Tapere verschmolzen«,² während Hjalmar Schacht bezugte, er sei einer der »ehrlieh Strebenden und Begeisterten« gewesen.³ Julius Lippert, von dem hier die Rede sein soll, war ein nationalsozialistischer »Hohheitsträger«, der als drittrangige von der Forschung lange vernachlässigt worden ist. Doch hielt der promovierte Staatswissenschaftler und ausgebildete Journalist Goebbels als Chefredakteur und Fraktionsvorsitzender der NSDAP in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den Rücken frei und wurde 1933 zum Staatskommissar und 1937 zum Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt ernannt. Im Folgenden wird die Karriere Julius Lipperts nachgezeichnet und dabei der Frage nachgegangen, welche Bedeutung Personen wie Lippert für die Machteroberung und den Prozess der Versteigerung der Herrschaft der NSDAP hatten. Neben seiner Zeit in der Redaktion der nationalsozialistischen Gauzeitung »Der Angriff« wird dabei Lipperts Funktion als Aufsichtshaber der Berliner Stadtverwaltung analysiert. Da Lippert ernannt worden war, um die Berliner Stadtverwaltung einer politisch-rassistischen Säuberung zu unterziehen, und die Stadtverwaltung – wie insbesondere Wolf Gruner herausgearbeitet hat – sich aktiv an der Judenverfolgung beteiligte, bietet es sich an, sich auf seine Rolle in diesen Politikfeldern zu konzentrieren.⁴

1. Im Angriff

Julius Lippert wurde am 9. Juli 1895 als Sohn eines Hoteliers in Basel geboren. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg ließ sich die Familie in der hessischen Kurstadt Bad Schwalbach nieder. Nach Bestehen des Notabiturs meldete sich Lippert 1914 als Kriegsfreiwil-

37 Für diesen bisher viel häufiger postulierten als forschungspraktisch verwirklichten Ansatz vgl. exemplarisch die Beiträge in: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, sowie Nicole Kramer, »Volksgenossinnen« an der »Heimatfront«, Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung, Göttingen 2011.

1 Elke Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I: Aufzeichnungen 1923-1941; Teil II: Diktare 1941-1945, München 1994-2006, Teil I, Bd. 6, S. 35, Eintrag v. 17.4.1927.
2 Ernst Jünger, Strahlungen, Stuttgart 1949. Zitiert nach: Brigitte Oleschinski, Julius Lippert, in: Wolfgang Ribbe (Hg.), Stadtoberhäupter: Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1992, S. 261-276, hier: S. 260.
3 Eidestattliche Erklärung Hjalmar Schacht 18.3.1951, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStA Wiesbaden), Abt. 920 F-Z, Nr. 6171.
4 Vgl. Wolf Gruner, Die Kommunen im Nationalsozialismus. Innenpolitische Akteure und ihre wirkungsmächtige Vernetzung, in: Sven Reichardt/Wolfgang Schabel, Der prekäre Staat, Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main/New York 2011, S. 167-211; ders., Judenverfolgung in Berlin 1933-1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt, 2. vollst. überarb. u. stark erw. Aufl., Berlin 2009.

liger, kämpfte in einem Artillerieregiment und stieg dort – gleichsam standesgemäß – schließlich zum Leutnant auf.⁷ Kaum demobilisiert, heiratete er Margarete Schlieben, die Tochter eines Berliner Großkaufmanns und Fabrikanten, und schrieb sich an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität zum Studium der Politikwissenschaften ein.⁸ 1922 wurde er mit einer Arbeit über die Beteiligung von Arbeitern am Unternehmensgewinn promoviert, über die sein Gutachter urteilte, dass sie »nicht ohne Feinheiten« sei und das mäßige Prädikat laudabile vergab.⁷

Schon während seines Studiums vertrat Lippert rechtsextreme Ansichten und trat dem antisemitischen Deutschen Nationalen Studentenbund sowie der Deutschnationalen Volkspartei bei. Später wechselte er zu der noch extremeren Deutschvölkischen Freiheitspartei unter Albrecht von Graefe und Gerhard Roßbach, zu deren Mitgliedern auch Kurt Daluge gehörte.⁹ In seiner 1941 erschienenen Autobiografie rühmte Lippert sich, in das Komplott zur Ermordung Rathenaus verwickelt gewesen zu sein.⁹ Nach seiner Promotion kam er zunächst für einige Zeit im »Verband brandenburgischer Metallindustrieller« unter, bevor er im Frühjahr 1923 als Redakteur beim »Deutschen Tageblatt«, dem Organ der Deutschvölkischen Freiheitspartei, seinen Wunsch verwirklichen konnte, Journalist zu werden.¹⁰ Kaum drei Jahre später, im Frühjahr 1926, wurde Lippert nach einem Zerwürfnis mit dem Parteivorstand allerdings fristlos entlassen.¹¹ Mit einer Abfindung von drei Monatsgehältern versorgt, versuchte er sich in den kommenden Monaten mit journalistischen Gelegenheitsarbeiten über Wasser zu halten. Gleichwohl orientierte er sich politisch neu. Im Herbst 1926 besuchte er zum ersten Mal die Gaugeschäftsstelle der NSDAP in Berlin in der Potsdamer Straße, die sich in einem Hinterhof im Keller befand und von den eigenen Parteigenossen als »Opiumhöhle« verspottet wurde. Er fragte nach Veranstaltungen der Partei und erhielt ein paar Angaben auf einen Zettel gekritzelt. Das machte offenbar alles nicht den Eindruck, den er erwartet hatte; jedenfalls hielt es ihn zunächst davon ab, Mitglied dieser Partei zu werden.¹²

Die Berliner Partei befand sich zu diesem Zeitpunkt in einem desolaten Zustand. Parteileitung und SA-Führung waren heillos zerstritten. Die Sozialdemokraten stellten im Roten Rathaus Berlins mit 74 Abgeordneten die stärkste Fraktion, die Kommunisten verfügten über 43 Abgeordnete, während die im Februar 1925 neu gegrün-

dete NSDAP gar nicht vertreten war. Die Partei selbst bestand aus nicht einmal fünf-hundert Mitgliedern, unter denen die hitlerkritischen Brüder Otto und Gregor Kessler mit ihrem »sozialistischen« Kurs erheblichen Einfluss besaßen. Die SA unter Kurt Daluge führte ein weitgehendes aktivistisches Eigenleben, das nur wenig mit der Politik der Partei verbunden war.¹³

Dann jedoch trat in jenem Spätherbst 1926 ein Mann auf die politische Berliner Bühne, der gewillt war, diese Situation nachhaltig zu verändern: Joseph Goebbels. Noch im Juni hatte er geklagt: »Alle wollen mich nach Berlin als Retter. Ich danke für die Steinwürfe.«¹⁴ Doch beugte er sich Hitlers Anweisung und kam Anfang November als neuer NSDAP-Gauleiter in der »roten« Reichshauptstadt an. Binnen kurzer Zeit mobilisierte er die wenigen Anhänger, trat mit lausprecherischen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit und suchte den gewaltsamen Konflikt vor allem mit den Kommunisten. Im Februar 1927 setzte er eine nationalsozialistische Kundgebung in den Pharus-Sälen im Wedding an, in denen die Kommunisten traditionell ihre Veranstaltungen abhielten. Nicht mehr kleine, unscheinbare Anschläge, sondern riesige, rote Plakate riefen zur Versammlung auf. Bevor Goebbels überhaupt seine Rede beginnen konnte, brach bereits die Saatschlacht aus. Die zahlenmäßig unterlegenen Kommunisten mussten, von der Polizei geschützt, das Feld räumen, das Spektakel war gelungen: zwölf Verwundete bei den Nazis, auf der Gegenseite fünfundsechzig.¹⁵ Erfolgreich setzte Goebbels auf die Strategie, mit spektakulären, gewalttätigen Aktionen gegen die Kommunisten die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen und damit die Nationalsozialisten weit bedeutender erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit waren.

Als Hitler am 1. Mai 1927 zum ersten Mal, seitdem Goebbels die Gauleitung übernommen hatte, in der Reichshauptstadt vor Parteimitgliedern sprach – allerdings nur im Saal eines Vergnügungslokal, dem »Clou« in der Mauerstraße, weil für ihn immer noch das Redeverbot in Preußen galt –, konnte Goebbels eine zwar nach wie vor kleine, aber inzwischen gefestigte Partei in Berlin vorweisen. Auch für Lippert, der mittlerweile der NSDAP beigetreten war, war es das erste Mal, dass er Hitler sah und hörte.

Doch fand der Aufstieg der NSDAP nach einer erneuten Schlägerei wenige Tage später ein jähes Ende, da der Berliner Polizeipräsident Karl Zörgel diese zum Anlass nahm, am 5. Mai 1927 den Gau Berlin-Brandenburg der NSDAP mit sämtlichen Unterorganisationen, also auch SA und SS, zu verbieten.¹⁶ Goebbels, der zusätzlich ein Redeverbot erhielt, hatte mit seiner Gewaltpolitik offenkundig den Bogen überspannt. Die im Aufbau befindliche Partei traf das Verbot empfindlich, der Fehlschlag schien auch sein eigenes politisches Schicksal zu besiegeln. Doch Goebbels erfand

7 SA-Führerbogen, Bundesarchiv Berlin (BArch, ehem. BDC), SA, 9B.
 8 Lebenslauf Julius Lippert, o. D. (Juni 1922), Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin (UA HU Berlin), Phil. Fak., 1142.
 9 Gutachten Prof. Hering, 6.7.1922, UA HU Berlin, Phil. Fak., 1142. Vgl. Oleschinski, Lippert (wie Anm. 2), S. 265. Vgl. auch Das Deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934, Teil I, S. 281.
 10 SA-Führerbogen, BArch (ehem. BDC), SA, 9B. Zu Daluge: Caron Cadle, Kurt Daluge – Der Prototyp des loyalen Nationalsozialisten, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hg.), Die braune Elite, Bd. II, Darmstadt 1993, S. 66–79.
 11 Julius Lippert, Im Strom der Zeit. Erlebnisse und Eindrücke, Berlin 1942, S. 50–52.
 12 Lebenslauf Julius Lippert, 12.5.1952, HHSVA Wiesbaden, Abt. 520 F-Z, 6171.
 13 Lippert, Strom (wie Anm. 9), S. 106–108.
 14 Ebd., S. 113.

13 Vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München/Zürich 1990, S. 108–110; Peter Longertich, Joseph Goebbels, Biographie, München 2010, S. 87–91; vgl. auch Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1933, Berlin/New York 1988, S. 327–341.
 14 Goebbels, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 1/2, S. 93 (Eintrag vom 10.6.1926).
 15 Reuth, Goebbels (wie Anm. 13), S. 116f.; Longertich, Goebbels (wie Anm. 13), S. 96f.
 16 Reuth, Goebbels (wie Anm. 13), S. 120; Longertich, Goebbels (wie Anm. 13), S. 99.

den effektvollen Slogan »Trotz Verbot nicht tot«. Um sowohl das Redeverbot zu unterlaufen als auch um gegen die Strasser-Brüder, die mit der »Berliner Arbeiterzeitung« über ein eigenes Presseorgan verfügten, politisches Terrain zu gewinnen, verwickelte er einen länger gehegten Plan: die Herausgabe einer neuen Wochenzeitung mit dem kennzeichnenden Titel »Der Angriff«. Herausgeber der neuen, zunächst wöchentlich erscheinenden Zeitung sollte Goebbels werden und Julius Lippert, der inzwischen zum Kreis der Vertrauten um Goebbels gehörte und als Einziger über mehrjährige journalistische Erfahrungen verfügte, Chefredakteur.¹⁷

Dank Lipperts alten Kontakten gelang es rasch, einen geeigneten Drucker zu finden, während Goebbels ein Darlehen über 2.000 Reichsmark auftrieb.¹⁸ Schon Ende Juni hingen in Berlin an den Lifssäulen grellrote Plakate, die in einer werbewirksamen Kampagne zunächst lediglich »Der Angriff?« verkündeten, dann »Der Angriff beginnt am 4. Juli« und zuletzt nähere Informationen zu der neuen Wochenzeitung enthielten.¹⁹ Lippert jedoch musste diesen Tag im Gefängnis erleben, da er kurz zuvor wegen ausstehender Schulden festgenommen und mehrere Wochen in Haft gesetzt wurde. Erst nach seiner Entlassung Ende Juli konnte er seine neue Aufgabe als Chefredakteur – oder Hauptschriftleiter, wie es in der völkischen Presse hieß – übernehmen.²⁰

Im »Angriff« wurden alle hasserfüllten, antisemitischen Register gezogen, Juden verächtlich gemacht, stets mit einer spezifischen Physiognomie und bestimmten Namen verbunden, zu Gewalttätigkeiten gegen Juden aufgerufen und in der Denunziation, dass Juden und »System« zusammengehörten, die Weimarer Republik fundamental angegriffen. Dabei war der »Angriff« bemüht mit Karikaturen, sogenannten Berliner Witz, rhetorischen Pointen etc. den blutig-ernsten antisemitischen Ton unerschrocken-eingängig zu präsentieren. Neben Goebbels waren es vor allem Dagobert Dürr – mit seiner gegen die Polizei gerichteten Kolumne »Vorsicht! Gummiknüppel« – und der Karikaturist Hans Schweitzer, der algermanisch mit »Mjoelein« signierte und von Goebbels als »zeichnerisches Genie« tituliert wurde,²¹ die den Ton des Berliner Gaublatzes bestimmten. Schweitzer, fasst Viktor Reimann zusammen, »schuf den Typ des SA-Mannes, blond, hünenhaft und mit dem Kämpfersicht, und auf der Gegenseite den Typ des von Ferk triefenden Bonzen, des aufgeblasenen Reaktionsmärs mit Cut und Schärpe und des abstoßenden Juden mit der übergroßen Nase, den abstehenden Ohren, den O-Beinen und den Plattfüßen.«²²

Wenigstens mit einer perfiden, antisemitischen Idee konnte sich »Der Angriff« in der Öffentlichkeit profilieren. Seit März 1927 war Bernhard Weiß – 1880 in Berlin geboren, Verwaltungsjurist, Demokrat, Jude, stellvertretender Polizeipräsident Berlin – für Goebbels das ideale Angriffsziel einer anhaltenden antisemitischen Kampagne. Am 15. August 1927 erschien Goebbels' erster Leitartikel gegen Weiß, der offen vor »Lisidor« überschrieben war. Kaum eine Ausgabe des »Angriffs« erschien seitdem, in der nicht Bernhard Weiß angegriffen und verhöhrt wurde. Goebbels setzte nach und publizierte ein Jahr später eine Sammlung von Artikeln und Zeichnungen gegen Weiß unter dem Titel »Das Buch Lisidor. Ein Zeitbild voll Lachen und Haß.«²⁴ Die Demagogik gelang. Alfred Hirschberg, Funktionär des Central-Vereins deutscher Gesandter jüdischen Glaubens und enger Freund von Weiß, schrieb 1951 in einem Nachruf auf Weiß, Goebbels' Propaganda habe es geschafft, dass alle Welt nur von »Lisidor« gesprochen habe. Die Kampagne konnte allerdings nur gelingen, wenn sie auf antisemitische Überzeugungen der Leser des »Angriffs« traf, die als gelungenen Witz oder unterhaltsame Satire betrachteten, was in Wirklichkeit hasserfüllte Verleumdung war.

Im Schatten des publikumswirksamen Dreigespanns Goebbels-Dürr-Schweitzer hielten Lipperts kommunalpolitische Artikel unter der Rubriküberschrift »Aus der Asphaltwüste«. Im Oktober 1929 konnte »Der Angriff« zweimal in der Woche, montags und donnerstags, mit einem Umfang von acht Seiten erscheinen. Vom November 1930 an kam der »Angriff« täglich heraus. Dies bedeutete einen Zwischensteg für Goebbels, denn Max Amann, der Leiter des Eher-Verlags, in dem der »Völkische Beobachter« erschien, hatte sich im Jahr zuvor noch bei Hitler mit dem Vorhaben durchgesetzt im März 1930 beginnend eine Berliner Ausgabe auf den Markt zu bringen. Doch, wie von Goebbels prophezeit, erwies sich eine Münchner Zeitung mit einer zusätzlichen Berliner Seite in der »roten« Hauptstadt als Fehlschlag, und Amann stellte die Berliner Ausgabe 1931 zunächst wieder ein.²⁵ Stattdessen beteiligte der Eher-Verlag sich mit einem Mehrheitsanteil an »Angriff« und stellte das nötige Kapital zur Verfügung, damit dieser täglich erscheinen konnte.

Obwohl Goebbels darauf drängte, dass alle Parteimitglieder den »Angriff« abonnieren sollten, blieb die Auflage mit etwa 4.500 Exemplaren Ende 1927 zunächst

- 17 Über Lippert notierte Goebbels erstmals in seinen Notizen am 1. April 1927: »Dr. Lippert war da. Ein ordentlicher Mann!« Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 1/2, S. 204.
- 18 Lippert, Strom (wie Anm. 9), S. 119 f.
- 19 Russel Lemmons, Goebbels and Der Angriff, Lexington 1994, S. 24 f.; Reuth, Goebbels (wie Anm. 13), S. 125; Longenrich, Goebbels (wie Anm. 13), S. 101.
- 20 Reuth, Goebbels (wie Anm. 13), S. 125 f.; Lippert, Strom (wie Anm. 9), S. 122-137.
- 21 Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 3/1, S. 328, Eintrag v. 15.9.1929.
- 22 Viktor Reimann, Dr. Joseph Goebbels, Wien/München/Zürich 1971, S. 102. Zu Schweitzer siehe Bernhard Fulda, Die vielen Gesichter des Hans Schweitzer. Politische Karikaturen als historische Quellen, in: Gerhard Paul (Hg.), Visual History. Ein Studienbuch, Göttingen 2006, S. 206-224.

- 23 Weiß wurde nach dem preußischen Staatsstreich durch von Papen im Juli 1932 seines Amtes enthoben, 1933 kurze Zeit inhaftiert und flüchtete zunächst in die Tschechoslowakei, dann nach England, wo er 1931 in London starb (zu seiner Biografie siehe Dietz Bering, Kampf um Namen. Bernhard Weiß gegen Joseph Goebbels, Stuttgart 1991, S. 31-102, S. 355-394). Auch die »rote Fahne« hatte Weiß bereits »Lisidor« genannt und 1923 über den damaligen Chef der Berliner Politischen Polizei ein antisemitisches Gedicht veröffentlicht (ebd., S. 242, S. 450, Anm. 67).
- 24 Ein Jahr später erschien ein weiteres Buch: Joseph Goebbels (Hg.), Knoke. Ein neues Buch Lisidor für Zeitgenossen, München 1929; vgl. auch Carin Kesemeyer, Der Leitartikel Goebbels in den NS-Organen »Der Angriff« und »Das Reich«, Münster 1967; Simone Richter, Joseph Goebbels – der Journalist. Darstellung seines publizistischen Werdegangs 1923-1933, Stuttgart 2010.
- 25 Lemmons, Goebbels (wie Anm. 19), S. 34 f.

niedrig. Mit den Wahlerfolgen der NSDAP jedoch steigerte sich auch die Auflage auf 60.000 Ende 1930.²⁶ Bei den preußischen Kommunalwahlen im November 1929 wählten 132.000 Berliner Stimmberechtigte die NSDAP (5,8 Prozent), die daraufhin mit 13 Abgeordneten, darunter Julius Lippert, in die Stadtrvordnenversammlung einzog. Ihre größten Erfolge erzielte die Partei in bürgerlichen Wohnvierteln wie Steglitz, Schöneberg und Zehlendorf, in denen auch die DNVP sehr stark war. Goebbels übernahm für ein knappes Jahr den Fraktionsvorsitz, dann ging das Amt an Julius Lippert über.²⁷ Die parlamentarische Arbeit, so Lippert selbst, war »darauf abgestellt, eine möglichst starke propagandistische Wirkung zu erzielen.«²⁸

Auch »Der Angriff« profitierte vom Erfolg. Schon 1928 waren Partei und Zeitung in ein zwölf Zimmer großes Domizil in der Berliner Straße in Berlin-Charlottenburg gezogen.²⁹ Nach den Reichstagswahlen im September 1930, bei denen die NSDAP, einem politischen Erdruisch gleich, über 6,4 Millionen Stimmen (18,3 Prozent) für sich verbuchen konnte, zweitstärkste Fraktion hinter den Sozialdemokraten wurde und auch in Berlin ihren Stimmenanteil auf 14,6 Prozent steigern konnte, zogen die Redaktion des »Angriffs« und die Gaudelung in ein eigenes Bürogebäude in der Hedemannstraße um, nicht weit von der Wilhelmstraße, in der sich die Druckerei der Zeitung befand.³⁰ Die Auflage erreichte nun 80.000 Exemplare täglich und sollte sich bis 1932 auf 110.000 Exemplare steigern.³¹

Folgt man Goebbels' Aufzeichnungen, dann begann er Anfang 1930 mit Lippert unzufrieden zu werden. Über eine Geschäftsstellenkonferenz zum »Angriff« am 13. Februar notierte er: »Er [Lippert] bringt mir so nach und nach gelbe Tendenzen hinein. Das werde ich mit allen Mitteln abstellen. Wir sind ein sozialistisches Blatt und kämpfen für die Unterdrückten! Dr. Lippert hat dafür nur wenig Gefühl, Dür ist verständiger. Lippert – ein radikaler Bürger.«³² Und wenige Tage später: »Ich habe einen ersten Tanz mit Dr. Lippert vor. Dieser Herr ist kein Sozialist, und er verdirbt mir die ganze Linie des Angriffs. Heute muß er Federn lassen.«³³ Und im März: »Gesern: ernste Debatte mit Lippert. Der Angriff muß besser werden. Er bekümmert sich zu wenig darum. Das ist schrecklich bei ihm, die feiste Bürgerlichkeit. Er hat keinen eigenen Dämon.«³⁴ Am 31. Dezember sandte er Lippert eine Kündigungsdrohung.³⁵ Im August 1931 überlegte Goebbels, Lippert auf den Posten eines Chefs vom Dienst herabzusetzen und Hans Hinkel zum Chefredakteur zu machen.³⁶ Ende Dezember fiel dann eine vorläufige Entscheidung: »Lippert abgesetzt. Hinkel an

26 Ebd., S. 38.

27 Longerich, Goebbels (wie Anm. 13), S. 131f.

28 Lippert, Strom (wie Anm. 9), S. 171.

29 Ebd., S. 153f.

30 Ebd., S. 177.

31 Lemmons, Goebbels (wie Anm. 19), S. 41.

32 Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 2/1, S. 86f.

33 Ebd., S. 89, Eintrag v. 17.2.1930.

34 Ebd., S. 110, Eintrag v. 15.3.1930.

35 Ebd., S. 314, Eintrag v. 31.12.1930.

36 Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 2/2, S. 75, Eintrag v. 12.8.1931.

me Stelle. Nach 14 Tagen neue Überprüfung des Angriffs. Dann endgültige Entscheidung. Lippert ganz erschlagen. Aber er taugt nichts. Zu weich.«³⁷

Zwei renkte sich das Verhältnis zu Lippert wieder ein und Hinkel erwies sich, wie man den Tagebucheinträgen, als nicht sehr vertrauenswürdig, aber Goebbels' Klagen über Lippert rissen nicht ab. Immer wieder meinte Goebbels ihn antreten zu müssen, um endlich die Wahlerfolge der NSDAP, die bei der Reichstagswahl im Juli 1932 reichsweit mit 37,3 Prozent (in Berlin 28,6 Prozent) zwar weitaus stärkste Partei geworden war, aber gegenüber der Stimmenzahl für Hitler in der Stichwahl zum Reichspräsidenten im April nichts hinzugekommen hatte, in Regierungsmacht zu verwandeln. Im Herbst häuften sich die Bemerkungen, dass Lippert unfähig sei mit abgelöst werden müsse. Ende Oktober wurde er von seinem Posten beurlaubt und durch Dagobert Dür ersetzt.³⁸ Im Dezember ernannte Goebbels dann den bisherigen Berliner Gaupropagandaleiter Karoly Kampmann zum neuen Chefredakteur – »keine ideale Lösung, aber immerhin besser als Lippert.«³⁹

2. Als Staatskommissar

2.1. Ernennung und Versetzung des Amtes

Nach seinem Hinauswurf aus der Redaktion des »Angriff« blieb Lippert der Vorsitz der NSDAP-Fraktion in der Berliner Stadtrvordnenversammlung. Diese Stellung erwies sich als Sprungbrett für seine zweite Karriere. Als nämlich Hermann Göring – auch in seiner Funktion als kommissarischer Innenminister Preußens – im März 1933 die Zentralverwaltung der Stadt Berlin eingriff und mit Ausnahme des Oberbürgermeisters sämtliche Mitglieder des Magistrats entließ, ernannte er Lippert zum Beauftragten für die Stadt Berlin. Er führte zunächst den Titel »Staatskommissar zur besonderen Verwendung« und sollte, wie das Preussische Innenministerium beauftragte, dafür sorgen, »dass die Verwaltung der Hauptstadt Berlin in allen ihren Teilen, sowohl in der Zentrale wie in den Bezirken, voll und ganz nach den Grundsätzen und im Geiste der Regierung der nationalen Erhebung geführt wird.«⁴⁰

Hintergrund für diese an sich bemerkenswerte Konstruktion der Einsetzung eines Staatskommissars war, dass der amtierende Oberbürgermeister Heinrich Sahn als Mitglied des Hindenburg-Wahlausschusses de facto sakrosankt war, solange der große Reichspräsident lebte.⁴¹ Berlin war damit eine der acht von insgesamt 51 Groß-

37 Ebd., S. 183, Eintrag v. 29.12.1931.

38 Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 2/3, S. 44, Eintrag v. 26.10.1932.

39 Ebd., S. 79, Eintrag v. 11.12.1932, vgl. Lemmons, Goebbels (wie Anm. 19), S. 29; Rauch, Goebbels (wie Anm. 13), S. 248, allerdings mit falscher Datierung der Ablösung auf den Januar 1933.

40 Brief des Preussischen Innenministeriums an den Oberbürgermeister, 13.6.1933, Landesarchiv Berlin (LA Berlin), A Rep. 01-02, 2427. Vgl. Gruner, Kommunen (wie Anm. 4), S. 171.

41 Christian Engel, Nationalsozialistische Kommunalpolitiker in Berlin, in: Wolfgang Ribbe (Hg.), Berlin-Forschungen, Bd. II, Berlin 1987, S. 111-139, hier: S. 119. Vgl. Martina Sönnichsen, Heinrich Sahn, in: Ribbe, Städtobehaupter (wie Anm. 2), S. 235-232, Zitat: S. 235.

städten mit einer Bevölkerung von über 100.000 Einwohnern, in denen der Oberbürgermeister nicht ausgetauscht wurde.⁴² Die Erabligerung des lokalen Staatskommissars eröffnete der NSDAP gleichwohl die Möglichkeit, an Sahn vorbei direkt in die Belange der Reichshauptstadt hineinzuwirken. Ausgerechnet Lippert mit dem Kommissariat zu betrauen, schien auf den ersten Blick folgerichtig, weil dieser sich als Fraktionsführer der NSDAP im Stadtparlament einen Namen gemacht hatte. Außerdem war die Personaldecke der NSDAP im Hinblick auf derart herausgehobene Personen einigermaßen dünn. Goebbels selbst hätte diese Position nicht übernehmen können, da er fast gleichzeitig zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ernannt wurde.⁴³

Lippert gelang es schnell Anschluss an wichtige Netzwerke zu finden. So wurde er 1933 Mitglied der Deutschen Akademie und 1937 Mitglied auch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft; zudem übernahm er die Leitung des preußischen Verbandes des Deutschen Gemeindetages.⁴⁴ Mit dem »Gesetz zur Einsetzung eines Staatskommissars in der Hauptstadt Berlin«, das notabene zweieinhalb Monate nach der Schaffung des Amtes erlassen wurde, erhielt Lippert gegenüber dem Oberbürgermeister ein umfassendes Kontroll- und Einspruchsrecht. Er übernahm die Funktion eines Regierungspräsidenten und erhielt auf diese Weise vom Berliner Polizeipräsidenten, der dieses Amt bis dahin ausgeübt hatte, einen Teil von dessen Kompetenzen.⁴⁵ In den »Mittelungsblättern des Bundes der oberen Verwaltungsbeamten der Stadt Berlin« wurde das Gesetz eingehend kommentiert und auf die Eigenartigkeit der Konstruktion hingewiesen, die »kein Vorbild in der Geschichte der [städtischen, die Verf.] Selbstverwaltung« habe.⁴⁶ Lippert, der wegen seiner geschliffenen Umgangsformen auch unter etablierten konservativen Verwaltungsbeamten durchaus geschätzt wurde, baute seine Dienststelle als Staatskommissar konsequent aus, so dass diese Ende 1934

ein Spiegelbild der Verwaltung des Bürgermeisters wurde.⁴⁷ Dabei versuchte er sich eine eigene Hausmacht zu schaffen und griff nicht auf die ihm bekannten alten Parteikader des NSDAP-Gaus zurück. Er besetzte die neuen Posten vielmehr mit eigenen Vertrauten und wurde so z. B. zum Förderer des ehemaligen Oberinspektors der Stadtreinigung Ludwig Steeg, den er zu seinem Stellvertreter berief, obwohl dieser erst im März 1933 in die Partei eingetreten war.⁴⁸ Gleichwohl arbeitete er eng mit der NSDAP-Gauverwaltung zusammen. Da Goebbels das Tagesgeschäft als Gauleiter seit März 1933 seinem Stellvertreter Arthur Görhlitzer überließ, hatte Lippert häufig mit diesem zu tun. Die wenigen überlieferten Akten bezeugen eine sachliche Zusammenarbeit zwischen beiden.⁴⁹ Freundschaftliche Beziehungen unterhielt Lippert zum ehemaligen Berliner SA-Führer Kurt Daluge, der zum Kommissar im Preussischen Innenministerium ernannt worden war, um insbesondere in der Polizei angebliche Feinde des neuen Regimes von ihren Posten zu entfernen.⁵⁰ Lippert sandte seine Mittelungen an das Preussische Innenministerium so lange zu Händen Daluges, bis Göring im Juli 1933 gegen diese Praxis protestierte, weil dies dem Geschäftsverteilungsplan nicht entsprach und den Informationsfluss empfindlich störte.⁵¹

Besonders wenn es darum ging, unliebsame Personen kalzustellen, arbeitete Lippert, der im April 1935 zum SA-Oberführer ernannt wurde, eng mit Goebbels zusammen. Lippert gehörte – wie auch Kurt Daluge – zu dem Kreis von Vertrauten, mit denen Goebbels im Sommer dieses Jahres die Absetzung des von Göring eingesetzten und ungeliebten Polizeipräsidenten Magnus von Letzow⁵² vorbereitete.⁵³ Nach einem Treffen von Goebbels' Entourage in Heiligendamm kam es zu einer heftigen Welle von Ausschreitungen gegen Juden, die vom »Angriff« geschürt und von der SA getragen wurden.⁵⁴ Als Letzow tatsächlich eingriff um Ruhe und Ordnung wenigstens oberflächlich wiederherzustellen, wurde er von Hitler entlassen und Wolf Graf von Helldorf an seine Stelle gesetzt, der schon im Januar 1933 der Wunschkandidat des Gauleiters gewesen war.⁵⁵ Wenig später wandte sich Lippert mit der Bitte an Goeb-

42 Sabine Mecking, Die Gleichschaltung der städtischen Belegschaft zur politischen Gefolgschaft. Kommunalverwaltung zwischen Ideologie, Propaganda und Praxis (1933-1945), in: Christian Dirks/Hermann Simon (Hg.), Auf dem Dienstweg. Die Verfolgung von Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Berlin 1933-1945, Berlin 2010, S. 106-123, hier: S. 111; Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970, S. 79f.

43 Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 77-80. Vgl. Engel, Kommunalpolitiker (wie Anm. 4), S. 117 f.; Christian Engel/Wolfgang Ribbe, Berlin in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Wolfgang Ribbe (Hg.), Geschichte Berlins, Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, 3. erw. u. aktualisierte Aufl., Berlin 2002, S. 927-1024, hier: S. 978.

44 Gruner, Kommunen (wie Anm. 4), S. 189 f.; Claudia Bergemann (Hg.), Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 2. Bde., Berlin 1991, Bd. 2, S. 161.

45 Gesetz zur Einsetzung eines Staatskommissars in der Hauptstadt Berlin, 31.5.1933, in: Hans J. Reichardt (Hg.), Die Entstehung der Verfassung von Berlin. Eine Dokumentation, 1. Bd., Berlin/New York 1990, Dok. 3, S. 99-101. Vgl. Oleschinski, Lippert (wie Anm. 2), S. 268f.

46 Mittelungsblätter des Bundes der oberen Verwaltungsbeamten der Stadt Berlin, 9. Jg. Nr. 6, 15.6.1933, S. 55f. Zitat S. 56.

47 Übersicht über den Aufbau der Dienststelle des Staatskommissars, o.D. (1934), LA Berlin, A Pr. Br. 01-02, 2427. Vgl. Büro Dr. Lippert, in: Berliner Börsen-Courier, 28.6.1933. Zur Akademie: Gruner, Kommunen (wie Anm. 4), S. 189; zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Bergemann, Mitgliederverzeichnis (wie Anm. 44), S. 161.

48 Personalblatt Ludwig Steeg, o.D., Barch (ehem. BDC), PK L 419. Vgl. Angela Martin, Ludwig Steeg, in: Stadtoberhäupter (wie Anm. 2), S. 277-295, hier: S. 278.

49 Lippert an Görhlitzer, 15.9.1934, LA Berlin, A Pr. BR. Rep. 057, Bl. 573.

50 Martin Schuster, Die SA in der nationalsozialistischen Machtergreifung, in Berlin und Brandenburg 1926-1934, Dissertation, Berlin 2005, S. 226.

51 Brief von Göring an Daluge, 5.7.1933, Barch (ehem. BDC), PK H 167.

52 Vgl. Gerhard Granier, Magnus von Letzow: Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard am Rhein 1982.

53 Longertch, Goebbels (wie Anm. 13), S. 304f.

54 Jews are beaten by Berlin rioters. Cafes are raided, in: New York Times, 16.7.1933. Vgl. Gruner, Judenverfolgung (wie Anm. 4), S. 80-84.

55 Ted Harrison, Alter Kämpfer im Widerstand. Graf Helldorf, die NS-Bewegung und die Opposition gegen Hitler, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VFZ) 45 (1997), S. 385-423, hier: S. 395.

bels, den Oberbürgermeister von seinen Ämtern zu entheben. »Dr. Lippert will den ich Sahm abstecke«, notierte Goebbels am 31. August 1935 in sein Tagebuch.⁵⁴

Tatsächlich hatte der Kompetenzkonflikt zwischen dem Oberbürgermeister und seinem »Aufpasser« nochmals an Schärfe zugenommen, nachdem Berlin faktisch den Status einer eigenständigen preußischen Provinz erlangt hatte und Lippert 1934 sukzessive die restlichen Befugnisse des Oberpräsidenten zugesprochen worden waren.⁵⁵ Im Untertitel eines Berichts über die »Spitzen der Stadt« brachre das »Berliner Tageblatt« im September 1934 die paradoxe Situation auf den Punkt: »Der Oberbürgermeister der erste Mann – nach dem Staatskommissar.«⁵⁶ Als ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn eröffnet wurde, weil er in einem jüdischen Geschäft eingekerkert hatte, trat Sahm im Dezember 1935 schließlich entnervt zurück. Das Ausschussverfahren zeigte, dass Sahm allen inhaltlichen Übereinstimmungen – beispielsweise bezüglich antisemitischer Aktionen – zum Trotz im NSDAP-Gau Berlin ein Außenseiter geblieben war, dessen sich die Gauleitung nun entledigte.⁵⁷ Die Nachfolge übernahm kommissarisch sein ehemaliger Stellvertreter Oskar Maretzky. Dieser galt zwar als politisch »nicht zuverlässig«, verfügte aber über einige kommunalpolitische Erfahrung. Letztlich sollte er nur als Platzhalter fungieren, bis das geplante neue Berlin-Gesetz verabschiedet war.⁵⁸ Als sich das »Gesetz über die Verfassung und die Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin«, das bereits im Dezember 1935 angekündigt worden war, verzögerte, wurde Lippert – im Hinblick auf die Olympischen Spiele – zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannt.⁵⁹ Mit dem Gesetz wurde das Amt des Staatskommissars mit dem des Oberbürgermeisters vereint und Lippert schließlich per 1. Januar 1937 zum ersten Amtsinhaber ernannt.⁶⁰ In Anlehnung an die überlieferten preußischen Amtsbezeichnungen führte er danach den Titel »Stadtpräsident«. In einer für den Nationalsozialismus typischen Weise war also aus einem per Definition zeitlich begrenzten Kommissariat ein unbefristetes Amt – mit einem streng wachsenden Apparat – geworden.⁶¹ Der Stadtpräsident galt als »unmittelbarer Lan-

des Reichsministeriums des Innern eingesetzt, weil das Reichsministerium des Innern vereinigt worden ist mit dem Reichsministerium des Inneren.⁶² »Der neue Machtposition versuchte Lippert, der mit seiner zweiten Amtsübernahme im Jagdschloss Glienicke residierte,⁶³ sich auch – ganz im Sinne der vier großen Gauleiten – einen neuen und eigenständigen Repräsentationsort zu verschaffen. In der Hand von den Molkemarkt sollte so ein »Stadtforum« mit Stadtpräsidenten entstehen werden. Diese Pläne wurden zwar nur ansatzweise verwirklicht, im Stadtbild bis heute noch deutlich zu erkennen.⁶⁴ Obnehin war die »Verfassung der Reichshauptstadt« wurden nämlich dem Gauleiter – so ein zeitweiliger Kommentator – »heftig weitergehende Befugnisse als sonst [in anderen Reichshauptstädten] übertragen.«⁶⁵ Unter anderem wurde Goebbels ein Mitspracherecht bei der Besetzung der Reichshauptstadtposten zugesprochen.⁶⁶ Festgehalten wurde außerdem, dass die Beteiligung des Gauleiters auf dessen Wunsch auf weitere Arbeitsgebiete ausgedehnt werden konnte.⁶⁷ Offiziell wurde dies mit der Vorbildfunktion der Reichshauptstadt begründet. In einem Gesetzeskommentar hieß es dazu:

»Der Reichshauptstadt ist Berlin der Mittelpunkt des politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland; es ist Sitz der Ministerien und zahlreicher sonstiger Einrichtungen und wichtiger Einrichtungen. Was in Berlin auf den verschiedensten Gebieten geschieht, hat nicht nur unmittelbar für die Reichshauptstadt selbst Bedeutung, sondern wird in ganz Deutschland, oft sogar im Ausland beachtet und wird vielfach als Vorbild genommen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass auch alles kommunalpolitische Geschehen seinen Ausgangspunkt von den großen Gesichtspunkten nimmt, die die nationalsozialistische Bewegung und der Staat für jede Betätigung in Deutschland aufgestellt haben.«⁶⁸

- ⁵⁴ Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 3/1, S. 285, Eintrag vom 31.8.1935. »Mit Lippert Stadtragen. Er macht seine Sache gut. Aber hat natürlich ewigen Ärger mit Sahm«, ebd., S. 169, Eintrag v. 18.1.1935. Vgl. Engel/Ribbe, Berlin (wie Anm. 43), S. 974.
- ⁵⁵ Brief des Oberbürgermeisters an die Bezirksbürgermeister, 26.11.1934, LA Berlin, A Rep. 01-02, 2427. Vgl. Gesetz über die Änderung der Staatsaufsicht über die Reichshauptstadt Berlin, 15.12.1933. Gesetz über die Erweiterung der Aufgaben des Staatskommissars der Hauptstadt Berlin, 28.3.1934, in: Reichardt, Entstehung (wie Anm. 45), Dok. 6 und Dok. 7, S. 104-107.
- ⁵⁶ Die Spitzen der Stadt, in: Berliner Tageblatt (Morgenausgabe), 9.9.1934.
- ⁵⁷ Burgomaster of Berlin, in: Manchester Guardian, 26.11.1935; Burgomaster of Berlin Reinstate, The Times, 5.12.1935. Vgl. Gruner, Kommunen (wie Anm. 4), S. 173.
- ⁵⁸ Angela Martin, Oskar Maretzky, in: Ribbe, Stadtoberhäupter (wie Anm. 2), S. 253-260; hier: S. 253f. Vgl. Engel/Ribbe, Berlin (wie Anm. 43), S. 977.
- ⁵⁹ Rundbrief des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern, 2.1.1936, BArch, R. 43 II, Bl. 572. Vgl. Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 3/2, S. 118, Eintrag v. 27.6.1936.
- ⁶⁰ Lebenslauf von Julius Lippert, 12.5.1933, HHSaA Wiesbaden, Abt. 520 F-Z, Nr. 6171.
- ⁶¹ Vgl. Rüdiger Hachtmann/Winfried Süß, Kommissare im NS-Herrschaftssystem. Probleme und Perspektiven der Forschung, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 22 (2006), S. 9-27, hier: S. 18-23.

- ⁶² Gesetz über die Verfassung und die Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin, in: RGBl. I, 2.12.1936, S. 957-960, Zitat: S. 957. Standesgemäß wurde Lippert überdies am 1. Mai 1937 auch der Rang eines SA-Gruppenführers verliehen. Vgl. SA-Führerbogen, BArch (ehem. BDC), SA, 9B.
- ⁶³ Protokoll der Einweihung Julius Lipperts, 28.8.1933, HHSaA Wiesbaden, Abt. 520 F-Z, Nr. 6171.
- ⁶⁴ Matthias Donath, Architektur in Berlin 1933-1945: Ein Stadtführer, Berlin 2007, S. 68f.; Wolfgang Schäche, Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945, Berlin 1992, S. 189f.
- ⁶⁵ Rudolf Suthoff-Groß/Ernst Luther, Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin auf der Grundlage des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin vom 1. Dezember 1936, Berlin 1938, S. 40.
- ⁶⁶ Gesetz über die Verfassung und die Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin, in: RGBl. I, 2.12.1936, S. 957-960, Zitat: S. 957. Vgl. Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 3/2, S. 222, Eintrag v. 22.10.1936.
- ⁶⁷ Ebd. Vgl. Suthoff-Groß/Luther, Verfassung (wie Anm. 67), S. 45.
- ⁶⁸ Ebd., S. 40.

2.2. Beteiligung an politischen »Säuberungen«

Hintergrund für die Betonung der starken Stellung des Gauleiters wie auch für die Verzögerungen bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Neuordnung Berlins waren neben Goebbels' Geltungssucht Zweifel an der Eignung Lipperts für das Amt. Denn Lippert war im Sommer 1936 – im Zuge von Auseinandersetzungen über die Pläne zum Ausbau der Reichshauptstadt – bei Hitler in Misskredit geraten.⁷⁴ Ob Speers apologetischer Hinweis zutrifft, dass Hitler Lippert fallen ließ, weil dieser der geplanten Ost-West-Achse nur eine Breite von 90 Metern zugestehen wollte, und nicht, wie von Hitler gefordert, 120 Metern, ist fraglich. Sicher ist, dass Lippert den Eindruck erwecken wollte, dass die Stadt an der Lösung der drängenden Wohnungsnot arbeite und dabei an den beeindruckenden Ergebnissen seiner Vorgänger gemessen wurde. Deshalb versuchte er, wenigstens einen Teil der ohnehin knappen zivilen Ressourcen auf diesen Bereich zu lenken, scheiterte damit – mangels politischer Unterstützung – aber am Widerstand Speers, der im Auftrag Hitlers seit 1936 im Geheimen die Germania-Planungen vorantrieb. Neben Lippert war auch sein Vertrauter und Stellvertreter Ludwig Steeg 1936 bei der Parzellierung in Misskredit geraten. In einer internen Denkschrift des Braunen Hauses wurde dieser im Februar 1936 als typischer »Subalternbeamter« charakterisiert, den es bald zu ersetzen gelte.⁷⁵ Dass Lippert, wie auch Steeg, trotzdem im Amt blieb und sogar zum Stadtpräsidenten ernannt wurde, zeugt von seinem ausgeprägten politischen Überlebenswillen. Allerdings waren andere geeignete Bewerber nicht zu finden, oder diese wurden vom Gauleiter nicht akzeptiert, wie die Tagebücher von Goebbels verdeutlichen. Offenbar kam es Goebbels, der ja in den Folgejahren zeitweilig selbst bei Hitler nicht allzu hoch im Kurs stand, ganz gelegen, dass sein Staatskommissar politisch angeschlagen war.⁷⁶ Dies bedeutete, dass Lippert keine Gefahr darstellte, während er durch seine bloße Anwesenheit verhindern konnte, dass ein womöglich politisch einflussreicher Kandidat ihm Terrain streitig machen konnte.⁷⁷ Auch wenn die Füße tönen waren, auf denen er politisch stand, konnte sich Lippert doch als scheinbar uneingeschränkter Bevollmächtigter des NS-Regimes in der Reichshauptstadt im August 1936 im Glanz der Olympischen Spiele sonnen und ein Jahr später mit großem Prunk auch die 700-Jahr-Feier der Stadt ausrichten.⁷⁸

Bei seiner Ernennung hatte Lippert den Auftrag bekommen, die Stadtverwaltung schnell im Sinne des Systems umzugestalten.⁷⁹ Damit begann er noch bevor es dazu eine gesetzliche Handhabung gab. Schon am 15. März 1933 konnte »Der Angriff« über den Beginn der »Säuberung Berlins« berichten.⁸⁰ Unter der Überschrift »Weitere große Säuberungsaktion in Groß-Berlin« meldete das Blatt drei Tage später, dass »auf Anregung des Staatskommissars Pg. Dr. Lippert in der Zentralverwaltung und auch auf anderen Gebieten der Stadtverwaltung eine Reihe personeller Maßnahmen durchgeführt [wurden], die nicht nur zum Marxismus neigende Beamte betreffen, sondern teilweise außerdem erhebliche Einsparungen im Gefolge haben.«⁸¹ Das Eindringen einer Unmenge von ungeeigneten Elementen in die städtische Verwaltung, so erklärte der Staatskommissar Ende April 1933, »habe es nötig gemacht, mit sofortiger Säuberung schon vor einer gesetzlichen Regelung zu beginnen.«⁸² Obgleich Lippert am 18. Juli 1933 erklärte, dass die »Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenums vom 7. April 1933 im Großen und Ganzen beendet [sei],«⁸³ fanden noch im August 1933 Durchsuchungen von Polizei und SA in verschiedenen Bezirksämtern statt, nach denen Personen in KZ verschleppt wurden.⁸⁴ Alles in allem wurden vor und im Zuge des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenums« rund 350 Beamte aus der Hauptverwaltung und 900 aus den Bezirksverwaltungen entlassen. Dies entsprach rund 5 Prozent aller städtischen Beamten.⁸⁵ Deutlich darüber lagen die Entlassungsquoten mit etwa 10 Prozent bei den von der Kommune beschäftigten Arbeitern und mit 24,4 Prozent bei den städtischen Angestellten.⁸⁶ Insgesamt wurden in Berlin weit mehr Beschäftigte entlassen als in den

71 Vgl. Albert Speer, *Erinnerungen*, Berlin/Darmstadt/Wien 1969, S. 87f. Vgl. ebd.
72 Denkschrift der Parteikanzlei, o.D. (Anlage zu einem Brief v. 6.2.1936), BArch, R. 43 II, Bl. 572.
73 Fröhlich, *Tagebücher* (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 6, S. 380, Eintrag v. 16.6.1939.
74 »Lippert hat sich endgültig erledigt. Wer soll es machen? Soll ich das noch dazu übernehmen? Ich getraue es mir zu«, notierte Goebbels in sein Tagebuch, ebd., Bd. 3/2, S. 125, Eintrag v. 6.7.1936. Nach dem Rücktritt Lipperts trug Goebbels Hitler offenbar noch einmal die Idee vor, sich zum Stadtpräsidenten zu machen, was dieser aber ablehnte, ebd., Bd. 8, S. 300, Eintrag v. 1.9.1940; Longerich, *Goebbels* (wie Anm. 13), S. 453f.
75 Ein Gruß an die Berliner, in: Berliner Illustrierte Zeitung, Sonderheft zur 700-Jahrfeier der Reichshauptstadt, Berlin 1937. Vgl. außerdem Kirjn Thijs, *Drei Geschichten. Eine Stadt. Die Berliner Stadtbüchsen von 1937 bis 1987*, Köln/Weimar/Wien 2008, zur Rolle Lipperts bes. S. 39f., S. 64ff., S. 71-74.

76 Christian Dirks, *Einleitung*, in: ders./Hermann Simon, *Auf dem Dienstweg. Die Verfolgung von Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Berlin 1933-1945*, Berlin 2010, S. 12 f.; Oleschinski, *Lippert* (wie Anm. 2), S. 269; Engel/Ribbe, *Berlin* (wie Anm. 43), S. 937f.
77 Die Säuberung Berlins, in: *Der Angriff*, 15.3.1933.
78 Weitere große Säuberungsaktion in Groß-Berlin, in: *Der Angriff*, 18.3.1933.
79 Fünf Wochen Berliner Kommunalpolitik, in: *Berliner Lokal-Anzeiger*, 22.4.1933 (Morgenausgabe). Vgl. auch: Julius Lippert, *Die Reinigung der Kommunalverwaltung*, in: Wilhelm Kube (Hg.), *Almanach der nationalsozialistischen Revolution*, Berlin 1934, S. 203-208.
80 Ein Entlass Dr. Lipperts, in: *Berliner Tageblatt*, 18.7.1933.
81 Gerhard Neuber, *Faschismus in Berlin. Entwicklung und Wirken der NSDAP und ihrer Organisationen in der Reichshauptstadt*, Dissertation, MS, Berlin 1976, S. 183.
82 *Marxistenreihe städtische Gesellschaften*, in: *Berliner Lokal-Anzeiger*, 25.3.1933 (Abendausgabe), Vgl. Engel/Ribbe, *Berlin* (wie Anm. 43), S. 939; Monika Wiemers, *Personalpolitik und allgemeine Verwaltung*, in: dies./Karl-Heinz Metzger/Monika Schmidt/Herbert Wehe (Hg.), *Kommunalverwaltung unterm Hakenkreuz*, Berlin Wilmsdorf 1933-1945, Berlin 1992, S. 34-119, hier: S. 61-73.
83 Jörg Paché, »... da die Verhältnisse bekanntlich in Berlin besonders schlimm lagen ...«, *Datengrundlagen zu den Dimensionen der Verfolgung*, in: Dirk/Simon (Hg.), *Die Verfolgung von Beamten, Angestellten und Arbeitern* (wie Anm. 76), S. 96-105, hier: S. 102.

meisten anderen Städten des Reichs.⁸⁴ Damit nicht genug, unterstützte Lippert auch Initiativen eingesetzter oder selbsternannter Kommissare sowie der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), unliebsame Manager oder Mitarbeiter aus den städtischen Betrieben, wie der Bewag, sogar gegen die Beschlüsse der damit beauftragten Gremien zu verdrängen.⁸⁵ Anfang April 1933 ordnete er sogar an, dass die Direktoren der wirtschaftlich wichtigen Berliner Hafen- und Lagerhaus-Gesellschaft verhört und schließlich auch verhaftet wurden.⁸⁶

Für die Entlassenen rückten bevorzugt algediente »Parreigenossen« nach. Im Zuge der sogenannten Lippert-Aktion wurden im Oktober 1933 »alte Kämpfer« schließlich auch mit einem Festgehalt befristet eingestellt. In Berlin ignorierte die eigens gebildete Abteilung Arbeitsempfehlung des NSDAP-Gaues die von der Parteizentrale vorgegebenen Einschränkungen hinsichtlich der Einstellung von Parreigenossen, so dass bis zum April 1935 fast 8.000 »alte Kämpfer« eine Arbeit in der Haupt- bzw. den Bezirksverwaltungen und den städtischen Betrieben zugeschanzt bekommen hatten.⁸⁷ Dass die massive, politisch motivierte Verdrängungswelle die Arbeit der städtischen Verwaltung behinderte, versteht sich von selbst. Im August 1935 wurde die strukturelle Unzulänglichkeit des Parreipatronagensystems auch aktenkundig, als der neuernannte Berliner Polizeipräsident Goebbels über den »Korruptionsstall im Berliner Gau« berichtete. Ganz besonders unerquicklich seien die Verhältnisse in der »Ortstrankenkasse«, in der rund 300 alte Parreigenossen »auf einem Haufen« arbeiteten.⁸⁸ Ungedacht aller offensichtlichen Probleme betrachtete Lippert seine Personalpolitik als Erfolg. Nachdem er im Juni 1934 in der Reichskanzlei um einen Termin nachgesucht hatte, um Hitler persönlich hierüber zu berichten,⁸⁹ schrieb er in einem 1934 vom seinerzeitigen NSDAP-Gauleiter Brandenburgs herausgegeben »Almanach der nationalsozialistischen Revolution« unter dem Titel »Die Reinigung der Stadterwaltung«, dass »die spätere Geschichtsschreibung sicherlich zugestehen [muss], dass, alles in allem gesehen, die Staatskommissare, die sich häufig aus Männern rekrutierten, denen die eigentliche Verwaltungspraxis fernlag, sich um die Neugestaltung der kommunalen Dinge große Verdienste erworben haben.«⁹⁰

2.3. Beteiligung an der Vernichtung der jüdischen Gewerbebetriebe

Entgegen seiner Behauptung, die Lippert im Zuge seiner Ennazifizierung im August 1933 aufstellte, dass er »mit den ganzen Judengeschichten in Berlin überhaupt nichts zu tun gehabt« habe, war er aktiv an der Verfolgung der Juden und der Vernichtung der jüdischen Gewerbebetriebe beteiligt.⁹¹ Bis 1933 hatten die Stadt Berlin und ihre städtischen Betriebe vielfältige wirtschaftliche Beziehungen zu jüdischen Unternehmen unterhalten. Diese Beziehungen wurden bereits im Verlauf des Jahres 1933 weitgehend gekappt.⁹² Persönlich ordnete Lippert nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum Staatskommissar z. B. an, der Druckerei Loewenthal & Co, die bis dahin als Stadtdruckerei fungiert hatte, alle städtischen Aufträge zu entziehen.⁹³ Am 30. März 1933 verfügte Lippert überdies ein Verbot für die Aufgabe von Anzeigen der Stadt in der »jüdischen Presse«. Er drang darauf, dass Anzeigen stattdessen verstärkt in NS-Publikationen geschaltet werden sollen.⁹⁴ Auf Anweisung des Staatskommissars und mit Unterstützung des Oberbürgermeisters begann außerdem das Berliner Beschäftigungsamt – die Zentralkaufstelle der Stadt – Listen zur »Ausschaltung jüdischer Lieferanten« aufzustellen, die kurz nach dem Ende des offiziellen, reichsweiten Boykotttags am 1. April 1933 in Kraft traten.⁹⁵

Vor diesem Hintergrund sah die jüdische Gemeinde schon am 29. Mai 1933 in einem Brief an Lippert voraus, dass die »Maßnahmen nach Wortlaut und Inhalt geeignet [seien], den geschäftlichen Ruin der jüdischen Kaufmannschaft und des jüdischen Handwerkerstandes herbeizuführen.«⁹⁶ Eine Änderung der Politik Lipperts bewirkte dieser Brief allerdings nicht. Gleichwohl blieb Lippert in der Folgezeit Adressat verschiedener Eingaben, die sich gegen den Ausschluss von der Annahme der städtischen Bedarfdeckungscheine, die als Gutscheine für Bedürftige von der Stadt verteilt wurden, und Eherstrandarlehen richteten. Der Ausschluss von der Annahme der Bedarfdeckungscheine bedeutete in der Stadt mit einer der höchsten Arbeitslosigkeitsraten in Deutschland eine schwere Schädigung für die jüdischen Ge-

84 Sabine Mecking/Adreas Wirsching: Stadterwaltung als Systemstabilisierung? Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume kommunaler Herrschaft im Nationalsozialismus, in: dies. (Hg.), Stadterwaltung im Nationalsozialismus, Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn u. a. 2005, S. 1-22, hier: S. 9 f.

85 Rundbrief der Betriebszelle der Bewag, 20.4.1933, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GPSA Berlin), VI. HA. NL Daluge, Bl. 59.

86 Behala-Direktoren im Polizeiverhör, in: Der Angriff, 10.4.1933.

87 Vgl. Cordula Ludwig, Korruption und Nationalsozialismus in Berlin 1924-1934, Frankfurt am Main 1998; Wiemers, Personalpolitik (wie Anm. 82), S. 89 f. Frank Bajohr nennt eine Zahl von 10.000: Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2004, S. 24.

88 Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 3/1, S. 274, Eintrag v. 11.8.1935.

89 Brief von Lippert an Lammers, 23.6.1934, LA Berlin, A Pr. Br. 057, Bl. 373.

90 Julius Lippert, Die Reinigung der Kommunalverwaltungen, in: Kube, Almanach (wie Anm. 79), S. 203-208, Zitat: S. 206.

91 Protokoll der Einvernahme Julius Lipperts, 28.8.1933, HHSa Wiesbaden, Abr. 520 F-Z, Nr. 6171. Vgl. Gruner, Judenverfolgung (wie Anm. 4), S. 13. Vgl. demnächst auch: Christoph Kreuzmüller, Ausverkauf. Jüdische Gewerbebetriebe in Berlin 1930-1945, erscheint 2012.

92 Frank Bajohr, Artisierung in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg 1997, S. 97-103.

93 Brief von Lippert an Sahn, 22.3.1933, LA Berlin, A Rep. Pr. Br. 057, Bl. 1739; Kurzmeldung, in: Der Angriff, 23.3.1933. Vgl. Gruner, Judenverfolgung (wie Anm. 4), S. 56. Insofern ist der in der Ennazifizierungsakte enthaltene Hinweis, Lippert habe den Eigentümer der Druckerei persönlich geschätzt, völlig aus der Luft gegriffen. Vgl. Aussage von Hans Skerdel, 12.11.1934, HHSa Wiesbaden, Abr. 520 F-Z, Nr. 6171.

94 Verfügung Lippert, 30.3.1933, Dienstblatt des Magistrats der Stadt Berlin, Bd. 1, S. 122. Als jüdisch galten u. a. alle Zeitungen des Ullstein Verlags. Vgl. ebd.

95 Boykottaktion in Deutschland, in: Jüdische Rundschau, 31.3.1933. Vgl. Gruner, Judenverfolgung (wie Anm. 4), S. 61.

96 Schreiben der jüdischen Gemeinde an Lippert, 29.5.1933, in: Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland (VeJ), Bd. 1, Dok. 47, S. 164-166, Zitat: S. 165.

werbetreibenden. So wandten sich im März 1934 zweihundert Bekleidungs Einzelhändler mit einer Petition an den Staatskommissar, in der sie baten, dass dieser dafür sorgen möge, jüdische Einzelhändler weiterhin zur Annahme von Bedarfdeckungs- und Wohlfahrtssteuern zuzulassen. Zur Begründung wiesen die Unterzeichner Lippert darauf hin, die »enstrendenen Folgen [des Ausschlusses seien] derartig katastrophal, dass sie regierungsseitig unmöglich beabsichtigt sein können.«⁹⁷ Denn der Ausschluss der jüdischen Gewerbebetriebe werde zu einer Welle von Geschäftsaufgaben führen; dies wiederum werde einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Stadt zur Folge haben. Ausdrücklich verwiesen sie dabei auch auf die Stellungnahmen des Reichswirtschaftsministers, der festgestellt habe, dass jüdische Gewerbebetriebe »nicht diskriminiert werden sollen«.⁹⁸ Das Gesuch wurde ebenso wie ähnliche andere Petitionen von Lippert abgelehnt.⁹⁹

Zusammen mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der NSBO als ihrer Vorläuferorganisation war der Staatskommissar auch direkt an der Vernichtung der jüdischen Gewerbebetriebe beteiligt. Dies war beispielsweise bei der Engelhardt-Brauerei AG der Fall, die sich weitgehend im Eigentum des 64-jährigen Igenatz Nachter befand. Obgleich Nachter im März 1933 einen Nationalsozialisten in den Vorstand bestellte, um dem drohenden Boykott zu begegnen, setzte die NSBO einen Kommissar für das Unternehmen ein. Als dieser kolportierte, dass der jüdische Unternehmer im Zusammenhang mit einem Grundstücksgeschäft möglicherweise Schmiegelder an städtische Beamte gezahlt habe, nahm Lippert im Mai 1933 umgehend »Verhandlungen« mit dem Ziel auf, diesen aus dem Unternehmen zu drängen. Der Druck, den Lippert zusammen mit der NSBO aufbaute, führte im Laufe des Jahres 1933 tatsächlich zum schrittweisen Rückzug Nachters aus dem Konzern. Dennoch stürmten SA-Männer im Februar 1934 eine Generalversammlung des Brauerei-Unternehmens.¹⁰⁰ Als Nachter trotz des so aufgebauten Bedrohungszenarios standhaft blieb, sorgte Lippert im August 1934 schließlich dafür, dass der jüdische Kaufmann so lange in Haft blieb, bis er alle ihm zustehenden Anteile an seinen Brauereikonzerne weit unter Preis verkauft hatte.¹⁰¹

1936 erwarb Lippert eine Villa auf der ebenso exklusiven wie begehrten Wannsee-Insel Schwanenwerder von der jüdischen Ärztin Charlotte Herz weit unter Preis und bot diese anschließend Goebbels an, der dort nach verschiedenen Umbauten einzog. In der Folgezeit war Lippert nur noch indirekt mit der Vernichtung der jüdischen Gewerbebetriebe befasst.¹⁰² Die Verdrängung der Juden aus der Berliner Wirtschaft

97 Brief von J. Baer an Lippert, 20.1.1934, LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 097, Bl. 1740.

98 Ebd.

99 Brief des Berliner Beschaffungssamts an Lippert, 16.2.1934, Aktennotiz des Beschaffungssamts, 15.2.1934; Brief des Beschaffungssamts an Lippert, 24.3.1934, LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 097, Bl. 1740.

100 Dieter Ziegler, Die Dresdner Bank und die Deutschen Juden, München 2006, S. 292-325. Vgl. Johannes Ludwig, Boykott, Enteignung, Mord. Die »Entjudung« der deutschen Wirtschaft, München/Zürich, S. 15-86.

101 Brief Lipperts an Götzler, 15.9.1934, LA Berlin, A Rep. Pr. Br. 057, 1573.

102 Bajohr, Parvenüs (wie Anm. 87), S. 65.

wurde in diesen Jahren ohne Einschaltung der politischen Spitze der Stadt mit Gewalt unmittelbar von den Parteigliederungen sowie von eher unteren Verwaltungsinstanzen, wie beispielsweise dem Gewerbeamt des Polizeipräsidenten, dem Handelsregister oder auch der Industrie- und Handelskammer, durchgesetzt. Erst als mit der »Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz« im Juni 1938 angeordnet wurde, dass die Gemeinden Listen jüdischer Gewerbebetriebe anzulegen hätten, klinkte Lippert sich wieder in den Prozess ein. In Berlin war bis dahin noch kein vollständiges Verzeichnis jüdischer Betriebe angelegt worden. Deshalb wurden alle in der Stadt registrierten Betriebe mit der Aufforderung angeschrieben, anzugeben, ob sie jüdisch im Sinne der Definition der 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz waren oder nicht. Lippert wollte dadurch mögliche Tarnungen jüdischer Unternehmen aufdecken.¹⁰³

Nach dem Novemberprogramm setzte sich Lippert in einem Brief an die Bezirksbürgermeister, die Industrie- und Handelskammer (IHK), die DAF und die Gauleitung dafür ein, durch »die Ausmerzungen des jüdischen Einzelhändlers [...] dem übersetzten Berliner Einzelhandel eine sichere Lebensgrundlage zu schaffen.«¹⁰⁴ In diesem Sinne hielt er Anfang Januar 1939 in einem mehrseitigen Bericht über die »Entjudung des Berliner Einzelhandels« fest, dass mehr als zwei Drittel der Einzelhandelsunternehmen liquidiert und nur der Rest von Nicht-Juden übernommen worden sei.¹⁰⁵ Zwar setzte sich Lippert dafür ein, »besonders alte[n] verdiente[n] Parteigenossen, die in der Kampfzeit geschädigt worden sind«, bevorzugt jüdisches Eigentum zuzuteilen. Das Ausmaß der Gier traf ihn jedoch offenbar unvorbereitet. So resümierte Lippert Anfang 1939, dass »der Gesamteindruck, den die Arierisierung hinterlässt, nachdem das Ergebnis für Berlin einigermassen zu übersehen ist, nicht erfreulich [ist]. Denn ich hätte nicht geglaubt, dass die Möglichkeit jüdische Geschäfte als Deutscher zu übernehmen, einen so außerordentlichen Andrang von Bewerbern für jüdische Geschäfte hervorrufen würde, noch, dass Kreise, von denen es nicht zu erwarten war, den Beirichterstatler [Julius Lippert, d. Verf.] fragen würden, ob er nicht ein gutes jüdisches Objekt anhand habe.«¹⁰⁶

3. Am Ende

Weil Berlin zu einer an Hitlers Geltungssucht orientierten Größe ausgebaut werden sollte, Lippert aber in Misskredit geraten war, wurde 1937 nicht er, sondern Hitlers Günstling Albert Speer zum Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt er-

103 Verzeichnis jüdischer Betriebe, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 31.8.1938.

104 Rundbrief des Stadtpräsidenten an die Bezirksbürgermeister, die IHK, die NSDAP und die DAF, 18.11.1938, LA Berlin, A Rep. 038-08, 17.

105 Sonderbericht über die Entjudung des Einzelhandels in Berlin, 5.1.1939, BArch, R 3101, 32170. Vgl. Gruner, Judenverfolgung (wie Anm. 4), S. 120; Beate Schreiber, »Arierisierung« in Berlin 1933-1945. Eine Einführung, in: dies./Christof Biggelaar/Kilian J. Steiner (Hg.), Arierisierung, in Berlin, Berlin 2007, S. 13-53, hier: S. 46f.

106 Sonderbericht über die Entjudung des Einzelhandels in Berlin, 5.1.1939, BArch, R 3101, 32170. Unterstreichungen im Original.

nannt.¹⁰⁷ Speer erhielt weitreichende Sonderkompetenzen, die zu heftigen Auseinandersetzungen und im Juli 1940 schließlich zum Rücktritt Lipperts führten.¹⁰⁸ Auslöser des Rücktritts war eine gezielte Demütigung durch Speer, der den Stadtpräsidenten per Erlass am 28. Juni 1940 dazu aufforderte, sich seinen Anweisungen unbedingert zu beugen.¹⁰⁹ Die Amtsgeschäfte des Staatskommissars wurden trotz aller Anfeindungen Steeg übertragen, weil andere mögliche Nachfolger »nichts taugten«, wie Goebbels schon 1937 in seinem Tagebuch notiert hatte.¹¹⁰ Als die Ämter des Stadtpräsidenten und des Oberbürgermeisters wieder voneinander getrennt wurden, übernahm der Berliner NSDAP-Gauleiter selbst schließlich am 1. April 1944 die Rolle des Stadtpräsidenten.¹¹¹ Steeg verblieb kommissarisch auf dem Posten des Oberbürgermeisters; im Februar 1945 wurde er förmlich in dieses Amt eingesetzt.¹¹²

Lippert hatte sich nach seiner Ablösung als Stadtpräsident zur Wehrmacht gemeldet. 1941 wurde er Leiter der Propagandaabteilung Südost. In dieser Funktion war er u. a. verantwortlich für die Gründung des Soldatensenders Belgrad. 1944 wurde Lippert zum Kreiskommandant von Arlon (Belgien) ernannt. 1945 geriet der ehemalige Stadtpräsident in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Er wurde aus Belgien ausgeliefert und dort wegen Kriegsverbrechen zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.¹¹³

Nach seiner Entlassung zog Lippert 1952 nach Bad Schwalbach, wo er bereits als junger Mann gelebt und seine Familie einen sehr guten Namen hatte. Für den »treue[n] Sohn seiner Heimatstadt« hatte die evangelische Kirche bereits im Juni 1951 einen Führitgottesdienst abgehalten.¹¹⁴ Entsprechend freundlich wurde der »frühere Oberbürgermeister von Berlin« bei seiner Ankunft in der Kurstadt empfangen.¹¹⁵

- 107 Susanne Willems, Der ensiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsnaupolitik für den Berliner Stadterneubau, Berlin 2000, S. 20–44. Vgl. Speer, Erinnerungen (wie Anm. 71), S. 40.
- 108 Brief Lippert an Chef der Reichskanzlei Lammers, 17.7.1914 [sic!], BArch, R. 43 II, Bl. 476. Vgl. Willems, Jude (wie Anm. 107), S. 272f.
- 109 Brief Lippert an Chef der Reichskanzlei Lammers, 17.7.1914 [sic!], BArch, R. 43 II, Bl. 476. Vgl. Oleschinski, Lippert (wie Anm. 2), S. 272f. Lippert versuchte im Zuge seiner Entnazifizierung aus dieser Entlassung Kapital zu schlagen und führte sie allein auf »wachsende Schwierigkeiten mit der Gauleitung (Dr. Goebbels [sic!]) und der engeren Umgebung Hitlers (Bormann)« zurück. Vgl. Begleitiger Lebenslauf von Julius Lippert, 12.5.1952, HHSa Wresbaden, Abr. 520 F-Z, Nr. 6171, Bl. 13.
- 110 Fröhlich, Tagebücher (wie Anm. 1), Teil I, Bd. 3/2, S. 38f., Eintrag v. 19.1.1937.
- 111 Angela Martin, Joseph Goebbels, in: Ribbe, Stalobehäupter (wie Anm. 2), S. 297–325, hier: S. 321; Engel/Ribbe, Berlin (wie Anm. 43), S. 978f.
- 112 Angela Martin, Ludwig Steeg, in: Ribbe, Stalobehäupter (wie Anm. 2), S. 277–295. Regierungspräsident wurde 1944 der ehemalige Bezirksbürgermeister von Wilmsdorf, Dr. Wilhelm Petzke. Vgl. Wremers, Personalpolitik (wie Anm. 82), S. 101f.
- 113 Oleschinski, Lippert (wie Anm. 2), S. 271–275.
- 114 Bad Schwalbach steht zu Dr. Lippert, in: Aar-Bote, 5.6.1951. Für den freundlichen Hinweis danken wir Martina Bleynehl-Eller, Bad Schwalbach.
- 115 Oberbürgermeister Lippert aus der Haft entlassen, in: Aar-Bote, 17.4.1952.

Der dortige Bürgermeister sah keine Veranlassung, die Lippert im Jahre 1955 verliehene Ehrenbürgerschaft zu entziehen.¹¹⁶ Lippert selbst erklärte im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens im Mai 1952, dass »bis zum heutigen Tage [...] nicht einer der 4 ½ Millionen Berliner gegen mich persönlich oder gegen meine Amtsführung eine Beschwerde erhoben« habe und er »ohne Überheblichkeit« für sich in Anspruch nehmen könne, »mein Amt in tadelfreier, überparteilicher Weise, sachverständig und menschlich einwandfrei geführt zu haben.«¹¹⁷ Ein Jahr später stufte ihn die Spruchkammer Hessen im Rahmen der Entnazifizierung jedoch als »Belasterer« ein. Unter Anrechnung der verbüßten Strafe wurde Lippert, der als »Journalist« firmierte, indes nur zu einer kleinen Geldstrafe, dem Entzug des passiven Wahlrechts sowie dem Verlust etwaiger Renten- und Pensionsansprüche verurteilt.¹¹⁸ Gegen dieses Urteil legte Lippert Berufung ein. Im anschließenden Prozess ließ er sich ausgerechnet durch Hans Latenser vertreten, der im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher das Oberkommando der Wehrmacht verteidigt hatte und zehn Jahre später als Verteidiger im Frankfurter Auschwitz-Prozess für einiges Aufsehen sorgte, weil er die Zeugen der Anlage mit beißendem Spott in die Enge zu drängen versuchte.¹¹⁹ Öffentlich beweierte Lippert weiterhin seine Unschuld und gab sich als unpolitischer Privatgelehrter. Hinter den Kulissen knüpfte er dagegen schnell Kontakt zu alten rechtsradikalen Netzwerken in der neuen Republik. Ein autobiografisch angehauchtes Buch, das mit dem Untertitel »Berichte und Erlebnisse eines deutschen »Kriegsverbrechers« auf sich aufmerksam machte, publizierte Lippert dann 1955 im Druffel-Verlag. Dieser rechtsextremistische Verlag veröffentlichte im selben Jahr unter dem Titel »Gefangener des Friedens – Neue Briefe aus Spandau« auch Briefe von Rudolf Hess.¹²⁰ Nachdem bereits seine 1940/41 verfasste Autobiografie mit dem Jahr 1933 geender hatte, ging Lippert auch in seinem neuen Buch, das von der örtlichen Zeitung freundlich aufgenommen wurde, lediglich an Rande auf seine Tätigkeit als Staatskommissar bzw. Stadtpräsident in Berlin ein.¹²¹ Über die sieben Jahre, die er das faktische Stadtoberhaupt Berlins gewesen war, streute er nur eine Anekdote ein, nach der er der Straße Unter den Linden zu neuen Alleebäumen verholfen und diese dann gegen die Anfeindungen Goebbels verteidigt habe.¹²² Ein Jahr nach dem Erscheinen

- 116 Bescheinigung des Bürgermeisters von Bad Schwalbach, 15.8.1955, HHSa Wresbaden, Abr. 520 F-Z, Nr. 6171.
- 117 Lebenslauf Julius Lippert, 12.5.1952, ebd.
- 118 Urteil der Spruchkammer, 28.8.1953, ebd.
- 119 Brief der Rechtsanwältin Hans Latenser und Harald Lucht an die Spruchkammer, 6.4.1954 ebd. Dieses Verfahren wurde aber im Dezember 1954 aufgrund des Gesetzes zum Abschluss der politischen Befreiung in Hessen eingestellt. Vgl. Beschluss der Zentralberufungskammer, 21.12.1954, ebd.
- 120 Julius Lippert, Lächle und verbing die Tränen. Erlebnisse und Bemerkungen eines deutschen Kriegsverbrechers, Leoni am Starnberger See 1955. Im selben Verlag wurden posthum auch die Memoiren des Hamburger Bürgermeisters Carl Vincent Krogmann veröffentlicht. Vgl. Carl Krogmann, Es ging um Deutschlands Zukunft, Leoni am Starnberger See 1982.
- 121 Unsere Buchbesprechung: »Lächle und verbing die Tränen«, in: Aar-Bote, 13.4.1955.
- 122 Lippert, Tränen (wie Anm. 120), S. 140–145.

dieses Buchs – am 30. Juni 1966 – starb der ehemalige Chefredakteur des »Angriff« und »Staatskommissar zur besonderen Verwendung«.

4. Resümee

Wer war also Julius Lippert? Ein Dorfschulze, ein Chamäleon oder ein ehrlich strebender Tor? Vor allem war er wohl ein radikaler Bürger, dessen Fähigkeiten und Kontakte maßgeblich zum Aufbau der überaus erfolgreichen Parteizeitung »Der Angriff« und damit zum Aufstieg der NSDAP in Berlin beitrugen. Dank seiner lokalen politischen Erfahrungen, seines militärischen Ranges und nicht zuletzt wegen seiner Anpassungsfähigkeit und bürgerlichen Umgangsformen erschien der Fraktionsvorsitzende der NSDAP im Stadtparlament 1933 als gute Besetzung in der Rolle als Kontrollinstanz des amtierenden Oberbürgermeisters Sahn, der, solange Hindenburg lebe, nicht einfach abgesetzt werden konnte. Lippert nutzte diese Chance und baute sein Staatskommissariat mit großer Energie und Zielstrebigkeit im Sinne einer Verstärkung aus. Auch wenn er letztlich vom Wohlwollen Hitlers und ebenso der NSDAP-Gauleitung abhängig blieb, verfügte er doch über erhebliche inhaltliche Handlungsspielräume, die er nachweislich im Falle der Entlassungen missliebiger städtischer Mitarbeiter sowie bei der Verfolgung der Juden und der Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit im Sinne einer Radikalisierung ausnutzte. In der Person und der Karriere Lipperts zeigen sich damit zwei Charakteristika nationalsozialistischer Herrschaft, die sich bekanntlich mehr an Personen und persönlichen Verbindungen als an politischen Hierarchien orientierten. Nachdem er von Speer gestützt worden war, besann Lippert sich auf seine Vergangenheit als Kriegesfreiwilliger und Leutnant und meldete sich zur Wehrmacht. Er zeigte sich damit als Angehöriger jener Generation, die im »Großen Krieg der weißen Männer« (Arnold Zweig) maßgeblich geprägt und politisch radikalisiert worden war. Nach 1945 beteuerte Lippert zwar seine Unschuld; er blieb jedoch unbelehrbar und bis zu seinem Tod alten Seilschaften chemialiger Nationalsozialisten verbunden.

MANFRED GALLUS

Das böse Spiel der Inklusion und Exklusion Wie völkische Protestanten in Berlin über die »Judenfrage« dachten und mit »Nichariern« umgingen

1. *Deutschchristliche Diskurse*

Ein Berliner »Judenblatt« habe ihn öffentlich als »Konjunkturpolitiker« verunglimpft, weil er eingeschriebenes Mitglied der NSDAP sei. Großzügigerweise wolle er jedoch darauf verzichten, jenes Blatt wegen Beleidigung zu verklagen. Diese werde ohnehin bald abgegolten sein, wenn im künftigen »dritten deutschen Reich« jenes Blatt »auf Hebräisch« werde erscheinen müssen. Mit dieser Art von Humor eröffnete der Berliner Pfarrer Siegfried Nobiling im Jahre 1932 seine Stellungnahme zum Nationalsozialismus, die einem zweiten und sehr politischen Glaubensbekenntnis gleichkam.¹ Durch Zufall sei ihm im Januar 1929 Joseph Goebbels' Parteiorgan »Der Angriff« ins Friedenauer Pfarrhaus gekommen. »Ich abonnierte den »Angriff«, kaufte mir die einschlägigen Bücher, insbesondere Hitlers Buch: »Mein Kampf«, ging in die Parteiversammlungen, las und hörte, hörte und las, bis ich Ende Mai 1929 nicht anders mehr konnte, als einzutreten. Eingeschrieben bin ich unter Nr. 145 128. Also: niedrige Hausnummer! Zusammenfassend kann ich nur aus ehrlichem Herzen gestehen, daß der Nationalsozialismus für mich Schicksal und Erlebnis war. Rein strebe ich da vor meinem Gott, vor meiner Kirche und vor meinen Parteigenossen und kann nur sagen: ich konnte nicht anders!² Wie zuvor schon das Christentum sei für ihn der Nationalsozialismus »Erlebnis« gewesen, und zwar ein neues dreifaches »Wir-Erlebnis«. Dieses dreifache Erlebnis bestehe für ihn in der Erfahrung einer neuen »Volksgemeinschaft«, einer »Rassengemeinschaft« und einer »Schicksalsgemeinschaft«. »Die neue Volksgemeinschaft«, so erläuterte Nobiling weiter, »besteht in der absoluten Ablehnung des Individualismus, Liberalismus, Marxismus bis hin zur schrankenlosen Willkür des selbstischen Ich auf allen Gebieten des Volkslebens. Es soll nicht mehr sein, daß der Einzelne sein Volk als willkommenes Ausbeutungsobjekt betrachten kann. Die Fehentwicklung der letzten Jahrhunderte besteht darin, daß das Individuum von allen völkischen Bindungen befreit worden ist. Wenn wir hier nun erstmalig die Parallele zum Christentum ziehen, so wüsste ich wirklich nicht, was dieser Seite des nationalsozialistischen Denkens und Fühlens vom christlichen Glauben her entgegenstehen sollte. Aller christlicher Glaube neurestamentlicher Art hat immer gemeinschaftliche Bindung. Es ist hier die Synthese zwischen Christentum und Nationalsozialismus zum Greifen. Beide haben eben diesen gemeinschaftsbildenden

1 Siegfried Nobiling, [Stellungnahme zum Nationalsozialismus], in: Leopold Klotz (Hg.), Die Kirche und das dritte Reich, Bd. 2, Gotha 1932, S. 79-85.

2 Ebd., S. 79.

Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus
Band 27

Berlin im Nationalsozialismus

Politik und Gesellschaft 1933–1945

Herausgegeben von
Rüdiger Hachtmann,
Thomas Scharschmidt
und Winfried Süß



WALLSTEIN VERLAG

Inhalt

Redaktion:	
Christoph Dieckmann, Wolf Gruner, Rüdiger Hachmann, Birthe Kundrus, Beat Meyer, Armin Nolzen, Babette Quinkert, Sven Reichardt, Sybille Steinbacher und Winfried Süß	
Herausgeber dieses Bandes:	
Rüdiger Hachmann, Thomas Schaarschmidt, Winfried Süß	
Verantwortlich für den Rezensionsteil:	
Birthe Kundrus, Sybille Steinbacher	
Postanschrift der Redaktion:	
Prof. Dr. Sven Reichardt	
Universität Konstanz	
Fachbereich Geschichte und Soziologie	
Fach D 1	
Universitätsstraße 10	
78457 Konstanz	
Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek	
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.	
© der Texte bei den AutorInnen	
© dieser Ausgabe Wallstein Verlag, Göttingen 2011	
www.wallstein-verlag.de	
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond	
Umschlaggestaltung: Bastra Werbeagentur, Steffi Riemann	
Umschlagbild unter Verwendung der Fotografie:	
»Generalappell des Kreises V des Gaus Groß-Berlin der NSDAP im Lustgarten, Fahnenemarsch, 1936«, Foto: Hoffmann. Bild 183-2004-0812-500.	
Druck: Hubert & Co, Göttingen	
ISBN 978-3-8353-0932-6	
RÜDIGER HACHTMANN/THOMAS SCHAARSCHMIDT/WINFRIED SÜSS	
<i>Erkennung</i> . Berlin im Nationalsozialismus	9
CHRISTOPH KREUTZMÜLLER/MICHAEL WILDT	
<i>Ein radikaler Bürger</i> «. Julius Lippert – Chefredakteur des »Angriff« und Staatskommissar zur besonderen Verwendung in Berlin	19
MANFRED GAIJUS	
<i>Das böse Spiel</i> der Inklusion und Exklusion. Wie völkische Protestanten in Berlin über die »Judenträger« dachten und mit »Nichtariern« umgingen	39
WOLF GRUNER	
<i>Die Berliner</i> und die NS-Judenverfolgung. Eine mikrohistorische Studie individueller Handlungen und sozialer Beziehungen	57
SUSANNE DOETZ	
<i>Die Praxis</i> der Zwangssterilisationen in Berlin	88
SVEN SCHULTZE	
<i>Die visuelle</i> Repräsentation der Diktatur. Berlin, sein Messeamt und die Propagandaschauen im Nationalsozialismus	113
PATRICK BERNHARD	
<i>Metropolen</i> auf Achse. Städtebau und Großradgesellschaften Roms und Berlins im faschistischen Bündnis 1936-1943	132
<i>Fundstück</i>	
FRANK BAYOHR	
<i>Ein fremder</i> Blick von außen. Konsultatsberichte als Quelle über Herrschaft und Gesellschaft im »Dritten Reich«	158
REZENSIONEN	
Richard Evans, <i>Das Dritte Reich</i> , Band I: Aufstieg (<i>Michael Wildt</i>)	167

Christian Wiese/Paul Berts (Hrsg.), Years of Persecution, Years of Extermination: Saul Friedländer and the Future of Holocaust Studies (Wulf Kanstiner)	171
Peter Fritzsche, Life and Death in the Third Reich (Elizabeth Harvey)	173
Raphael Gross, Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral (Florian Bruns)	175
Timothy W. Ryback, Hitlers Bücher. Seine Bibliothek – sein Denken (Obthmar Plöckinger)	178
Tom Segev, Simon Wiesenthal. Die Biografie (Daniel Stahl)	179
Catherine Epstein, Model Nazi. Arthur Greiser and the Occupation of Western Poland (Markus Roth)	181
Norman M. Naimark, Stalin und der Genozid (Jörg Ganzemüller)	183
Jörn Hasenclever, Wehrmacht und Besatzungspolitik in der Sowjetunion. Die Befehlshaber der Rückwärtigen Heeresgebiete 1941-1943 (Christoph Rass)	186
Regina Mühlhäuser, Eroberungen. Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion 1941-1945 (Elizabeth Heineman)	188
Elissa Matländer Koslov, Gewalt im Dienstalltag. Die SS-Aufseherinnen des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek (Christopher Dillon)	190
Ela Horning, Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz (Jörg Echernkamp)	192
Hans-Erich Volkmann, Luxemburg im Zeichen des Hakenkreuzes. Eine politische Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1944 (Peter M. Quadflieg)	194

Emm-Christoph Seidel, Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zeichen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter (Rüdiger Hachtmann)	197
Matthias Fleischauer, Der NS-Gau Thüringen 1939-1945. Eine Struktur- und Funktionsgeschichte (Benedikt Nolzen)	199
Ferg Arnold/Dietmar Süß/Malte Thießen (Hrsg.), Luftkrieg. Entseuerungen in Deutschland und Europa (Mark Buggeln)	202
Autonomen und Autoren.	204